

An alle  
Gemeinden  
in Vorarlberg

Auskunft:  
[Ramona Deschler](#)  
T +43 5574 511 20215

Zahl: PrsG-030-11/LG-447

Bregenz, am [21.12.2016](#)

Betreff: Kundmachung eines Landtagsbeschlusses betreffend ein Gesetz über eine Änderung des Antidiskriminierungsgesetzes

Anlagen: 3

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landtag hat am 15. Dezember 2016 das mit der beiliegenden Regierungsvorlage vorgelegte Gesetz über eine Änderung des Antidiskriminierungsgesetzes unverändert beschlossen. Dieser Beschluss wurde nicht für dringlich erklärt. Er unterliegt daher der Volksabstimmung, wenn eine solche innerhalb von acht Wochen nach obigem Tag, das ist bis 9. Februar 2017, verlangt wird (Art. 35 der Landesverfassung); ein solches Verlangen kann gestellt werden:

- a) unterschriftlich von wenigstens 10.000 Stimmberechtigten oder
- b) von wenigstens zehn Gemeinden aufgrund von Gemeindevertretungsbeschlüssen oder
- c) unterschriftlich von der Mehrheit der Landtagsmitglieder.

Wir bitten Sie,

- den Text des Gesetzesbeschlusses für die Dauer der achtwöchigen Frist während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsicht aufzulegen und
- in die beiliegende Kundmachung den Raum, in dem der Text des Gesetzesbeschlusses aufgelegt wird, und die Zeiten, in denen er eingesehen werden kann, einzutragen und sie an der Amtstafel anzuschlagen.

Die Beilage 98/2016 des XXX. Landtages enthält auch den Bericht der Landesregierung zum Gesetzesentwurf.

Falls die Durchführung einer Volksabstimmung verlangt werden sollte, sind die Bestimmungen des Landes-Volksabstimmungsgesetzes einzuhalten. Anträge auf Durchführung einer Volksabstimmung sind danach bei der Landeswahlbehörde einzubringen.

Die Entscheidung der Gemeinde ist durch die Gemeindevertretung zu fällen. Dem Antrag einer Gemeinde auf Durchführung einer Volksabstimmung hat der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin einen Auszug aus der Verhandlungsschrift über die Gemeindevertretungssitzung anzuschließen. Dieser Auszug muss nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes über die Unterfertigung von Verhandlungsschriften unterfertigt sein.

Freundliche Grüße

Für die Vorarlberger Landesregierung  
Der Landesamtsdirektor

Dr. Günther Eberle

Nachrichtlich an:

- 1) Landeswahlbehörde  
im Hause


zur Kenntnis und mit der Bitte, nach Ablauf der umseitig genannten Frist unverzüglich der Abteilung Gesetzgebung mitzuteilen, ob und allenfalls welche Anträge auf Durchführung einer Volksabstimmung eingelangt sind.

- 2) Bezirkshauptmannschaften  
Bludenz, Bregenz, Dornbirn, Feldkirch

zur Kenntnis und mit dem Ersuchen, den beiliegenden Text des Gesetzesbeschlusses beim do. Amte für die Dauer der achtwöchigen Frist während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht aufzulegen und die gleichfalls beiliegende Kundmachung an der Amtstafel anzuschlagen. Zuvor sind in die Kundmachung der Raum, in dem der Text des Gesetzesbeschlusses aufgelegt wird, und die Zeiten, in denen er eingesehen werden kann, einzutragen.

- 3) Vorarlberger Gemeindeverband  
Vorarlberger Gemeindehaus  
Marktstraße 51  
6850 Dornbirn

zur Kenntnis

	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	Dieses Dokument ist amtssigniert im Sinne des E-Government-Gesetzes. Mechanismen zur Überprüfung des elektronischen Dokuments sind unter <a href="https://pruefung.signatur.rtr.at/">https://pruefung.signatur.rtr.at/</a> verfügbar. Ausdrucke des Dokuments können beim Amt der Vorarlberger Landesregierung Landhaus A-6901 Bregenz E-Mail: <a href="mailto:land@vorarlberg.at">land@vorarlberg.at</a> überprüft werden.